

Föderation der West-Thrakien Türken in Europa Newsletter

NGO in Special Consultative Status with the Economic and Social Council of the United Nations
Member of the Fundamental Rights Platform (FRP) of the European Union Agency for Fundamental Rights
Member of the Federal Union of European Nationalities (FUEN)



Nr. 15 | März 2014 | Jahr 9

ABTTT und DEB Partei sind in Brüssel



Vorsitzender der ABTTT Halit Habip Oğlu und der Generalvorsitzende der DEB Partei Mustafa Ali Çavuş haben gemeinsam einen offiziellen Arbeitsbesuch in Brüssel abgestattet

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTT) sowie Die Partei für Freundschaft, Gleichheit und Frieden (DEB) haben am 12. Februar 2014 in Brüssel einen Arbeitsbesuch gemacht. Vorsitzender der ABTTT Halit Habip Oğlu und der Generalvorsitzende der Partei DEB Mustafa Ali Çavuş, der sich aufgrund der Besuche der türkischen Vereine

West-Thrakiens gegenwärtig in Deutschland befindet sowie Herr Aydın Ahmet, der Berater des Generalvorsitzenden der DEB Partei, haben einen Arbeitsbesuch in Brüssel, Hauptstadt der Europäischen Union, abgestattet.

ABTTT und die DEB Partei haben an der Konferenz "Religions- oder Glaubensfreiheit in der Welt" teilgenommen

ABTTT und DEB Partei haben gemeinsam am Mittwoch, den 12. Februar 2014 an der Konferenz zum Thema "Religions- oder Glaubensfreiheit in der

INHALT

ABTTT und DEB Partei sind in Brüssel **Seiten 1-2**



ABTTT und die DEB Partei haben die Bundestagsabgeordnete Frau Cemile Yusuf aufgesucht **Seite 3**



ABTTT beim Forum für Minderheitenfragen der Vereinten Nationen **Seiten 4-5**



Die türkische Minderheit in West-Thrakien und die Türken auf Rhodos und Kos zum ersten Mal bei der Vereinten Nationen zusammengekommen **Seiten 6-7**



ABTTT und die DEB-Partei haben in Cottbus an der Tagung über Sprachenrechte in Europa teilgenommen **Seiten 8-9**



Die Angriffe gegen die türkische Minderheit in West-Thrakien stehen im Bericht der Hass-Kriminalität der OSZE **Seite 10**



USA hat den Jahresbericht 2013 über die Menschenrechte veröffentlicht **Seiten 11-12**



FUEV hat an den UN-Menschenrechtsrat eine schriftliche Erklärung über die Probleme der türkischen Minderheit West-Thrakiens eingereicht **Seite 12**



Der Bericht über die Lage der Grundrechte in der EU 2012 wurde im EU-Parlament verabschiedet **Seite 13**



Auf der Konferenz über den Friedensvertrag von Lausanne wurde der Vortrag in der türkischen Sprache nicht genehmigt **Seiten 14-15**



Man hat durch das staatliche Krankenhaus in Komotini aufgefördert, dass die Ärzte nur griechisch sprechen sollen **Seite 16**



In Komotini sind 2000 Landwirte aus der Minderheit mit dem Slogan "Gib dem Landwirt Geld" auf die Straße gegangen **Seite 17**



Die Minderheit von West-Thrakien Türkei ist in Griechenland, wo die Leitung der EU-Ratspräsidentschaft derzeit übernommen wurde, in jedem Lebensbereich einer Diskriminierung ausgesetzt! **Seiten 18-19**



Trotz aller Reaktionen der Minderheit haben 23 sog. "ernannte Religionslehrer" ihren Dienst in den staatlichen Schulen begonnen! **Seite 20**



ABTTF-Nachrichten

Welt' Teilgenommen, welche unter dem Hausherr der Arbeitsgruppe der Religions- oder Glaubensfreiheit des Europaparlaments und durch eine Zusammenarbeit zwischen der Internationalen Religionsfreiheitskommission der Vereinigten Staaten (USCIRF-United States Commission on International Religious Freedom) sowie der Europäischen Plattform für religiöse Intoleranz und Diskriminierung (EPRID) realisiert wurde, teilgenommen. ABTTF und DEB fanden dort die Gelegenheit, sich mit dem Direktor der Einrichtung (HRFW-Human Rights without Frontiers) der Internationalen Menschenrechte ohne Grenzen, Willy Fautre zu unterhalten und die Politiker sowie Bürokraten über das sog. "240 Imam-Gesetz", eines der wichtigsten Probleme der Minderheit von West-Thrakien Türken, zu unterrichten.

ABTTF und DEB Partei haben auf das sog. "240 Imam Gesetz" aufmerksam gemacht

Die Delegation aus dem West-Thrakien,



die nach der Rede des Sonderberichterstatters der Religions- oder Glaubensfreiheit der Vereinten Nationen Herr Dr. Heiner Bielefeld das Wort ergriffen hatte, hat besonders auf die alle wichtigsten Probleme und zwar auf die Mufti-Angelegenheit und das "240 Imam Gesetz" hingewiesen. Nachdem die Delegation aus dem West-Thrakien über die Einzelheiten dieser Probleme berichtet hat, warf sie die Frage in den Raum, was für Lösungen die Vereinten Nationen gegen die bisherigen Verletzungen Griechenlands bezüglich der Religions- und Glaubensfreiheit bieten könne. Herr Dr. Bielefeld, Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen, brachte zum Ausdruck, dass er im Rahmen des im Jahre 1993 anerkannten Berichtes der Vereinten Nationen über die Rechte der nationalen, ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten über die Möglichkeit verfügen könne, die Minderheit der West-Thrakien Türken in Griechenland zu unterstützen.

Sitzung am runden Tisch mit ENAR

ABTTF und die DEB Partei hatten auch die Gelegenheit, sich mit dem Direktor der Einrichtung ENAR, das Europäische Netzwerk gegen Rassismus mit Sitz in Brüssel, eine der im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung wichtigsten Zivilgesellschaftsorganisationen, Herrn Michael Privot zu unterhalten. Dieses Treffen, bei dem ABTTF und die DEB Partei gemeinsam mit ENAR zum ersten Mal gesprochen haben, hat in den Räumlichkeiten der Vertretung der ABTTF in Brüssel stattgefunden. Während dieser Sitzung hat der Generalvorsitzender Mustafa Ali Çavuş über die DEB Partei, welche als einzige Vertretung der Minderheit der West-Thrakien Türken im politischen Bereich gilt, und deren Aktivitäten berichtet. Darüber hinaus haben ABTTF und die DEB Partei über die im Vorfeld eingeplanten Wahl-Kampagne der ENAR bezüglich der im Mai 2014 stattfindenden Wahlen des Europaparlaments und die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit der ENAR gesprochen.



ABTTF und die DEB Partei haben die Bundestagsabgeordnete Frau Cemile Yusuf aufgesucht

ABTTF-Vorsitzender Halit Habip Oğlu und Generalvorsitzender der DEB-Partei Mustafa Ali Çavuş haben mit Cemile Yusuf über die aktuellen Probleme der Minderheit gesprochen

Vorsitzender der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) Halit Habip Oğlu und Generalvorsitzender der politischen Partei der türkischen Minderheit von West-Thrakien, der Partei für Freundschaft, Gleichheit und Frieden (DEB), haben gemeinsam Frau Cemile Yusuf aus West-Thrakien aufgesucht, die nach den im September 2013 stattgefundenen Bundestagswahlen als erste türkischstämmige Bundestagsabgeordnete aus der CDU (Christlich Demokratischer Union) ins Parlament eingezogen ist. An dem am Freitag, den 7. Februar 2014



realisierten Besuch haben auch der Berater des Vorsitzenden der DEB Partei Herr Aydın Ahmet und Dr. Deniz Nergis, der Berater der Bundestagsabgeordneten Frau Cemile Yusuf teilgenommen.

Im Laufe des Zusammentreffens hat der Vorsitzende der DEB Partei Herr Mustafa Ali Çavuş Frau Cemile Yusuf zum Einzug ins Bundestagsparlament als Bundestagsabgeordnete herzlich gratuliert und gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, dass die West-Thrakien Türken in ihrem Namen sehr stolz auf ihren Einzug ins Bundesparlament sind. Mustafa Ali Çavuş hat weiterhin die ökonomischen, sozialen und politischen Probleme in West-Thrakien dargestellt und auch erwähnt, dass das Verhalten Griechenlands in Bezug auf den durchgeführten Kampf zum Erwerb der mit dem Luzerner Friedensvertrag gewährten Rechte nicht aufrichtig ist. Mustafa Ali Çavuş teilte noch mit, dass es noch mehrere Probleme bezüglich der Staatsangehörigkeit und der Minderheit gibt, die noch auf ihre Lösung warten.

ABTTF-Vorsitzender Halit Habip Oğlu hat auf das Bildungsproblem hingewiesen, und mitgeteilt, dass die Familien der Minderheit gezwungenermaßen das staatliche Schulsystem wählen, da die Minderheitenschulen aufgrund verschiedener Anwendungen an Ihrer

Qualität verloren haben. Weiterhin betonte Herr Habip Oğlu, dass die Bildungsautonomie der Minderheit von West-Thrakien Türken in großem Ausmaß Schaden erlitten hat. Seiner Meinung nach besitzt eine große Anzahl der Lehrer, die die Pädagogische Privatakademie in Thessaloniki (SOPA) absolviert haben, nicht genügend Kompetenz, was die türkischsprachige Bildung angeht. Diese würde auch bei Erlernung der Muttersprache einen Mangel herbeiführen. Es ist sehr traurig, dass die Lehrer, die in der Türkei ausgebildet sind und dort ihre Schule absolviert haben, nicht die Möglichkeit bekommen, zum Einsatz zu kommen. Er fügte hinzu, dass Griechenland auch in Bezug auf die Minderheitenschulen nicht ehrlich handelt.

Die Bundestagsabgeordnete hat zum Ausdruck gebracht, dass Herrn Mustafa Ali Çavuş, Vorsitzender der DEB und ABTTF-Vorsitzender Halit Habip Oğlu, mit Freude empfangen wurden. Sie hat ihnen beide detaillierte Fragen über die aktuellen Probleme der türkischen Minderheit gestellt. Da sie zur Zeit aufgrund der Kabinettsbildung der Bundesregierung sehr beschäftigt ist, möchte sie die erste Gelegenheit nutzen, das West-Thrakien zu besuchen. Sie hat dann ihre Gäste durch den ganzen Bundestag hindurch geführt, und währenddessen sie über den Bundestag ausführlich informiert.



ABTTF beim Forum für Minderheitenfragen der Vereinten Nationen

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) hat an der 6. Sitzung des Forums für Minderheitenfragen der Vereinten Nationen teilgenommen. Die türkische Minderheit in West-Thrakien wurde bei der Sitzung mit der Thematik "Über die Religions- Glaubensfreiheit hinaus: Die Gewährleistung der Rechte der religiösen Minderheiten" durch Herrn Ridvan Hacibedel, Stellvertretender Vorsitzender der ABTTF, Dr. Sebahattin Abdurrahman, das Vorstandsmitglied der ABTTF, Frau Melek Kırmacı Arık, Direktorin für internationale Beziehungen der ABTTF, Frau Pervin Hayrullah, Mitglied der Akademiker-Union der West-Thrakien Türken (BTAYTD) und gleichzeitig Generaldirektorin der Kultur- und Bildungs-Stiftung der türkischen Minderheit von West-Thrakien (BAKEŞ) vertreten. Als erstmaliger Vertreter der Rhodos und Kos Türken hat Herr Prof. Dr. Mustafa Kaymakçı, Vorsitzender des Kultur- und Solidaritätsvereins der Türken auf Rhodos, Kos und Dodekanes-Inseln die Probleme der auf Rhodos und Kos lebenden Türken zur Sprache gebracht.



Die Goldene Morgendämmerung nimmt nicht nur die hier lebenden Immigranten, sondern auch die türkische Minderheit ins Visier

Frau Melek Kırmacı Arık, Direktorin für internationale Beziehungen der ABTTF hat während der Sitzung über Gewalt gegen die religiösen Minderheiten gesprochen und unterstrich die in Europa zunehmende, auf Hass basierende Gewalt und machte auf die Gewalt der Goldenen Morgendämmerung in Griechenland besonders aufmerksam. ABTTF hat zur Sprache gebracht, dass diese Hass-Attacken in Griechenland nicht nur

gegen Immigranten, sondern auch gegen die türkische Minderheit gerichtet sind. Weiterhin sagte sie, dass die Unterstützer-Gruppen der Goldenen Morgendämmerung einen Anschlag gegen den Türkischen Jugendverband in Komotini verübt haben, durch die türkischen Dörfer gezogen sind und Hetzparolen gegen die Minderheit losgelassen haben. Es wurden sogar 2 Minderheitenmitglieder von den Unterstützer-Gruppen der Goldenen

Morgendämmerung brutal zusammengeschlagen.

Generalsekretär des Auswärtigen Amtes Kalancis: "In Bezug auf die rechtlichen Befugnisse der (ernannten) Muftis stellt Griechenland in Europa einzigartig dar"

Am ersten Tag des Forums hat Kalancis, Generalsekretär des griechischen auswärtigen Amtes des Bildungs- und Religionsministeriums gesprochen, der mit seiner Rede auf der am 22. November 2013 durch das Bildungsprogramm der muslimischen Kinder (PEM) und Griechische Stiftung für Europäische und Außenpolitik organisierte Konferenz eine große Reaktion bei der türkischen Minderheit auslöste. Aufgrund der Befugnisse der Muftis (staatlich ernannt) im Familienbereich wäre Griechenland in Europa das einzige Land. Im Rahmen der sogenannten 240 Imam-Gesetze würde Griechenland die Gehälter von 3 Muftis (ernannte) und 240 Religionslehrern begleichen. Kalancis deutet auf das sog. 240 Imam-Gesetz hin, welches die türkische Minderheit nicht anerkannte und seine Aufhebung forderte, und teilte mit, dass den Minderheitenkindern die Möglichkeit eingeräumt wurde, in den staatlichen Schulen Koranunterricht zu bekommen.

BTAYTD: Von insgesamt 63 Koran-Lehrer sind nur drei Universitätsabsolventen, welche sich darauf vorbereiten, laut dem 240 Imam-Gesetz in die staatlichen Schulen ernannt zu werden

Panayote Dimitras, Sprecher des griechischen Helsinki Monitors, hat am zweiten Tag des Forums zur Sprache gebracht, dass die griechische Regierung trotz der Beschlüsse, die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte zu Gunsten der Minderheit getroffen hat, die türkische ethnische Identität beharrlich verboten hat. Ebenfalls hat sie den Vereinen, dessen Name irgendwie den Begriff "Türk" beinhaltet, dies weiterhin verboten. Er unterstrich weiterhin, dass die Muttersprache der Minderheit, also die türkische Sprache in der Region offiziell verboten wurde. Des Weiteren hat man mit einem Runderlass verboten, dass die Ärzte dort nicht "eine



unverständliche Sprache" sprechen sollen. In Komotini hat man auf einer Konferenz über den Friedensvertrag von Luzern, nicht genehmigt, die Vorträge in der türkischen Sprache zu halten.

In der gleichen Sitzung sprach das Mitglied von BTAYTD und die Generaldirektorin von BAKES Frau Pervin Hayrullah und unterstrich, dass der Generalsekretär Kalancis bei seinem Gespräch in Komotini auf der Konferenz mit seiner Redeart und -weise sowohl der Minderheit gedroht als auch eine türkische Übersetzung verhindert hat. Frau Hayrullah hat

hinzugefügt, dass das 240 Imam-Gesetz, welches die Ernennung von 240 Religionslehrer vorsieht, damit diese in staatlichen Schulen und Moscheeden Koran lehren sollen, umgesetzt werden. Von 63 Personen, die für diese Position ausgewählt sind, besitzen nur drei einen Universitätsabschluss, 14 Absolventen der Thessaloniker Privatakademie für Pädagogik, 22 Abiturienten und die restlichen 24 verfügten nur über einen Grundschulabschluss. Als Schlussfolgerung warf er die Frage in den Raum, wie ein Mensch, der über keine pädagogische Bildung verfügt, als Lehrer überhaupt ernannt werden kann.

Die türkische Minderheit in West-Thrakien und die Türken auf Rhodos und Kos zum ersten Mal bei der Vereinten Nationen zusammengesessen

ABTTF und der Kultur- und Solidaritätsverein auf Rhodos, Kos und Dodekanes-Inseln sind beim Forum für Minderheitenfragen der Vereinten Nationen zum ersten Mal eine Nebenveranstaltung organisiert

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) und der Kultur- und Solidaritätsverein der Türken auf Rhodos, Kos und den Dodekanes Insel haben im Rahmen der 6. Sitzung des Forums für Minderheitenfragen der Vereinten Nationen eine Nebenveranstaltung über religiöse Freiheit und Schwierigkeiten, denen die religiös/ethnischen Minderheiten in Griechenland ausgesetzt sind, realisiert,

Zunächst das Krankenhaus danach die Konferenz Die Reaktion über das Verbot der türkischen Sprache wird stärker

Bei dieser Aktivität, welche für die türkische Minderheit in West-Thrakien und die Türken auf Rhodos und Kos eine Premiere darstellte, hat der stellvertretende Vorsitzende Herr Ridvan Hacibedel zum Ausdruck gebracht, dass ein Journalist und gleichzeitig Mitglied der Minderheit während einer Konferenz am 22. November 2013 über den Friedensvertrag von Luzern und die Bestimmungen bezüglich der Minderheit seinen Vortrag nicht in der türkischen Sprache halten konnte, obwohl er die entsprechende Zustimmung der



Organisatoren hierfür im Vorfeld erhielt und ein Dolmetscher im Konferenzsaal für türkisch-griechisch zur Verfügung stand

Panayote Dimitras: Das Verbot der türkischen Sprache hat die Bemühungen für die Erfüllung der Vertrauenslücke ernsthaft beeinträchtigt

Im Laufe dieser Aktivität, die durch Frau Melek Kirmacı Arik, Direktorin für internationale Beziehungen der ABTTF moderiert wurde, berichtet Herr Panayote Dimitras, Sprecher des griechischen Helsinki Monitors über den Erlass des staatlichen Krankenhauses, in welchem den Ärzten im Krankenhaus in Komotini verboten wurde, eine sogenannte „unverständliche Sprache“ zu sprechen, Er kritisierte auch, dass

man während der in Komotini realisierten Aktivität die Vorträge nicht auf türkisch halten konnte. Seiner Meinung nach hätten die griechischen Journalisten, die an dieser Konferenz als Sprecher teilgenommen haben, weder ihren Einfluss in Form einer entschlossenen Haltung zum Ausdruck gebracht, um das Gegenteil dieser Entscheidung zu erzielen, noch den Konferenzsaal verlassen, um ihre Solidarität der Minderheit gegenüber zu zeigen.

Kaymakçı : Es gibt nur wenige Menschen die über die Existenz der Türken auf Rhodos und Kos Bescheid wissen, die ja als "Griechische Muslime" bezeichnet werden

Nachdem Dimitras über die Probleme



der Juden und der anderen Minderheiten in Griechenland berichtete, sprach Herr Prof. Dr. Mustafa Kaymakçı, Vorsitzender des Kultur- und Solidaritätsvereins der Türken auf Rhodos Kos und den Dodekanes Inseln, dass die Probleme der Türken auf Rhodos und Kos im Vergleich zu den Sorgen der West-Thrakien Türken viel weniger bekannt sind. Kaymakçı sprach weiterhin, dass die auf den griechischen Inseln lebenden Türken, die ja mit dem Pariser Vertrag 1974 an Griechenland übergeben worden sind, durch die griechische Regierung als "griechische Muslime" bezeichnet werden, Er betont weiterhin dass den ca. 6-000 Türken auf diesen Inseln das Recht der muttersprachlichen Bildung entzogen wurde. Was den religiösen Bereich angeht, konnte er mitteilen, dass das Muftiamt seit 1972 bis jetzt immer noch unbesetzt geblieben ist.

Herr Willy Fautre Direktor von HRWF (Menschenrechte ohne Grenzen), der im Oktober 2012 West-Thrakien besuchte und nach seinem Untersuchungsbesuch einen Bericht erstellte, hat zum Ausdruck gebracht, dass Griechenland keine der durch die T ü r k e i a n g e b o t e n e n Empfehlungsvorschläge im Laufe der internationalen periodischen Untersuchung der Vereinten Nationen akzeptiert hat. Herr Fautre sagte weiterhin, dass er mehrere Empfehlungen in Bezug auf die Probleme, denen die Minderheiten in Griechenland ausgesetzt sind, an die griechische Behörde weitergeleitet habe. Des weiteren hat er die religiöse Freiheit und Mufti-Angelegenheit mit allen Details auf die Tagesordnung gebracht. Er berichtete, dass der gewählte Mufti in Komotini im Jahre 1996 zu 6 Monaten Haft verurteilt wurde

und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), wo er Einspruch gegen das vorherige Urteil erhoben hatte, Herrn Ibrahim Serif als nicht schuldig befunden.

Abdurrahman: Mit dem 240 Imam-Gesetz wird die religiösen Autonomie der Minderheit, die der Minderheit aus dem internationalen Recht zusteht, ganz aufgehoben

Herr Dr-Sebahattin Abdurrahman, das Vorstandsmitglied der ABTTF hat das über das sog. "240 Imam-Gesetz", worauf die türkische Minderheit heftig reagiert hatte, ausführlich berichtet und erklärt, warum die Minderheit gegen dieses Gesetz war. Herr Abdurrahman teilte mit, dass insgesamt 240 Personen in erster Etappe ernannt werden sollen, damit sie den Schülern in den staatlichen Schulen den Koran beibringen sollen, Diese Lehrkräfte, die von der griechischen Regierung als Koran-Lehrer bezeichnet werden, wären bis jetzt nicht genau definiert, ob sie als Imame, Lehrer der Religionslehre oder muslimische Vorbeter sein sollen, Abdurrahman sagte, dass dieses Gesetz laut den internationalen Verträgen, die den Status und Rechte der Minderheit festlegten, auch den internationalen Verpflichtungen und Standarts voll gesetzwidrig wäre. Seiner Ansicht nach wurde die religiöse, Autonomie, die der Minderheit aus dem internationalen Recht zusteht, völlig aus der Welt geschaffen sein, wenn dieses Gesetz komplett umgesetzt wurde.



ABTTF und die DEB-Partei haben in Cottbus an der Tagung über Sprachenrechte in Europa teilgenommen

Diese Tagung hat Sprach-Experten und örtliche sowie regionale Vertreter von Verwaltung, Landespolitik und Minderheitenorganisationen an einem Tisch zusammengebracht

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) hat an der Tagung zum Thema "Substanz und Praxis europäischer Sprachenrechte", die vom 5.-7. Dezember 2013 in Cottbus organisiert wurde, teilgenommen. An dieser Veranstaltung, die in Zusammenarbeit mit der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), der Universität Hamburg und dem Sorbischen Institut durchgeführt wurde, haben als Vertreter der türkischen Minderheit in West-Thrakien Herr Halit Habipoğlu, Vorsitzender der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) und gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender der FUEV, Herr Cengiz İsmail, Vize-Vorsitzender der ABTTF, Herr K. Engin Soyyılmaz, Generaldirektor der ABTTF und im Namen der Partei für Freundschaft, Gleichheit und Frieden (DEB) Herr Sinan Molla, Vorstandsmitglied der Türkischen Union in Xanthi (İTB) teilgenommen.

Die Vorträge zur Eröffnung der Tagung wurden durch Herrn Berndt Weiße, Leiter des Geschäftsbereiches Jugend, Kultur und Soziales in Cottbus, Herrn Bernhard Ziesch, Generaldirektor der DOMOWINA, Bund Lausitzer Sorben e.V., Herrn Dr. Hauke Bartels, Sorbisches Institut, Leiter der Zweigstelle für niedersorbische Forschungen in



Cottbus und gleichzeitig FUEN-Bbeauftragter für Sprachenfragen und Herrn Prof. Dr. Stefan Oeter, Universität Hamburg, Fakultät für Rechtswissenschaften, Institut für internationale Angelegenheiten und gleichzeitig Vorsitzender des unabhängigen Sachverständigenausschusses der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen gehalten. Während dieser Tagung, die Sprach-Experten und örtliche sowie regionale Vertreter von Verwaltung, Landespolitik und Minderheitenorganisationen Europas zusammengebracht hat, hat man die Perspektiven über Sprachenrechte und zwar innerhalb der

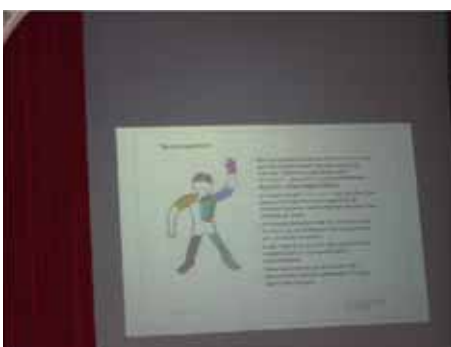
Grundlage zum Schutz der Minderheiten in Europa erörtert. Des Weiteren hat man sowohl das im Jahre 1988 in Kraft getretene Rahmenübereinkommen zum Schutz der Minderheiten bewertet, als auch die fünfzehnjährige Bilanz aus dem Umsetzungsprozess der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen gezogen.

[Sinan Molla: Den Minderheiten-Kindern bleiben sonst keine andere Wahl, als die staatlichen griechischsprachigen Kindergärten zu besuchen!](#)

Sinan Molla, der unter der Leitung der ABTTF und als Vertreter der DEB-Partei an dieser Tagung teilnahm, hat als erstes vorgetragen, dass er ein Vorstandsmitglied der türkischen Union in Xanthi sei, welche vor ca. 30 Jahren trotz des gegen Griechenland gefällten Urteils des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte geschlossen wurde. Mit seinem Vortrag brachte er die Probleme der Kinder der türkischen Minderheit in West-Thrakien zur Sprache, denen sie innerhalb der primären und sekundären

Schulen sowie während des Wechsels der Lehrer ausgesetzt sind. Weiterhin teilte Herr Molla mit, dass die Probleme der Sekundärstufen im Vergleich zu den Primärstufen viel gewichtiger seien und die zahlreichen Anträge der Kultur- und Bildungsstiftung der türkischen Minderheit von West-Thrakien (BAKEŞ) zur Eröffnung der Mittelschulen und Gymnasien in den Regionen, wo die türkische Minderheit besonders dicht niedergelassen ist, seitens des Ministeriums nicht beantwortet wären.

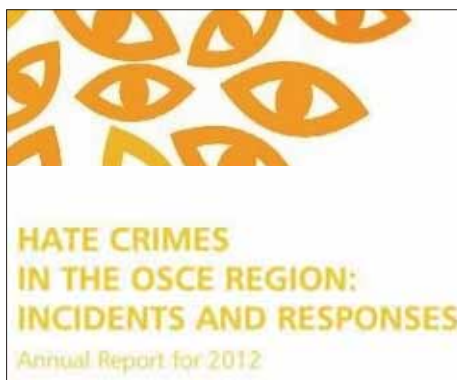
Herr Molla brachte das Problem über die Kindergärten für die Minderheitenkinder zum Ausdruck und fügte hinzu, dass ihre Ansprüche auf die Eröffnung der Kindergärten für die Minderheitenkinder, die eine beidsprachige Bildung, also sowohl türkisch- als auch griechisch, ermöglichen würden, gar nicht in Betracht gezogen würde. Er erinnerte daran, dass die griechische Minderheit in Istanbul über Kindergärten verfügen, die eine beidsprachige Bildung, und zwar griechisch und türkisch, durchführen, obwohl die Kinder der türkischen Minderheit keine andere Wahl mehr haben, die staatlichen und nur griechischsprachigen Kindergärten zu besuchen.



Die Angriffe gegen die türkische Minderheit in West-Thrakien stehen im Bericht der Hass-Kriminalität der OSZE

Die auf Hass basierenden Angriffe gegen die türkische Minderheit in West-Thrakien stehen nun auch im Bericht der Hass-Kriminalität der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von 2012. In dem im November 2013 durch das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte veröffentlichten Bericht nehmen die Angriffe ihren Platz ein, wovon die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) und die Akademiker-Union der West-Thrakien Türken (BTAYTD) die OSZE informiert hatten.

ODHIR teilte mit, dass insgesamt 31 Zivilgesellschaftsorganisationen aus 18 verschiedenen Staaten über die Hass-Delikte und Vorfälle rassistischer und fremdenfeindlicher Hintergründe berichtet haben. Nach einer durchgeführten Umfrage zwischen den beteiligten Staaten im Jahre 2012 sollen insgesamt 16 Staaten, Griechenland inbegriffen, diese Umfrage beantwortet haben, wobei Griechenland von den Sonderfällen besonders berichtet hatte. ODIHR fügte noch hinzu, dass das nationale Verbindungsbüro zum Kampf gegen die Hass-Delikte (NPC) einen Bericht über die Zerstörung einer Geschäftsstelle in Griechenland erfasst hatte, die im Besitz von zwei Männern afrikanischer Herkunft sei. Weiterhin vermerkte ODIHR, dass die Organisation "Rassistischer Gewalt Recording Netzwerk" als Schlussfolgerung einer Kampagne durch die Human Rights Watch und die hohe Kommissariat der Vereinten Nationen von Migranten einen Bericht über die Hass-Angriffe gegen die hierzulande lebenden Migranten und



Asylberechtigten angefertigt hätte.

ABTTF und BTAYTD haben OSZE über die Angriffe, die im Jahre 2012 stattgefunden haben berichtet

ODIHR teilte mit, dass kein offizieller Bericht seitens der griechischen Regierung über die Delikte gegen Muslime herausgegeben wurde. In diesem Zusammenhang wurde ebenfalls vermerkt, dass ABTTF und BTAYTD einen Bericht über die Beschmierung des Gebäudes der Türkischen Union mit Graffiti-Schriften verfasst hätten. Am 23. März 2012 sollte/n manche nicht identifizierte Person/ oder Personen an die Eingangstür und Wände des Gebäudes der Türkischen Union in Xanthi einige Zeichnungen und Sprüche wie "ΕΞΩ ΟΙ ΤΟΥΡΚΟΙ (Türken raus)" geschmiert haben. ODIHR fügte hinzu, dass ABTTF und BTAYTD über zwei Angriffe der Zerstörung von Gräbern informiert hätten. Am gleichen Tag, den 23. März 2012, an dem der Vorfall am Gebäude der Türkischen Union in Xanthi geschehen war, hätte man an die Wände des Bektaşî Schreines im Niederbezirk von Xanthi den Spruch "der beste Türke ist der tote Türke"

gesprüht. Vor einem Monat, also im Februar sollten manche Person/oder Personen den Friedhof im Pospos Bezirk in Xanthi verwüstet und ca. 20 Grabsteine beschädigt haben.

Im gleichen Bericht hätte man übrigens noch über zwei Körperverletzungen und drei Angriffe gegen Vermögen und Eigentum, die zu einem Verlust führten, informiert. Im August 2012 hätten die nicht identifizierten Personen das Vereinschild der Zentralstelle der Partei für Freundschaft Gleichheit und Frieden (DEB) in Xanthi zerstört. Wiederum im August hätte eine zahlreiche Unterstützer-Gruppe der Goldenen Morgendämmerung mit Gegenparolen Flaschen in den Garten des türkischen Fußballvereins Gençlerbirliği in Xanthi geworfen. Im September wurde ein Mitglied der Minderheit namens Cemali Mülazım seitens einer Unterstützer-Gruppe der Goldenen Morgendämmerung zusammengeschlagen. ABTTF hätte in seinem Bericht, den sie im April 2013 an ODIHR weitergeleitet hatte, erwähnt, dass die Unterstützer-Gruppen der Goldenen Morgendämmerung durch die türkischen Dörfer gezogen und Gegen- Parolen losgeworden wären, was natürlich die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzt hatte. Ebenfalls war in diesem Bericht die Rede davon, dass ein türkischer Junge namens Cüneyt Serdar im März 2013 seitens der Unterstützer-Gruppen der Goldenen Morgendämmerung fürchterlich zusammengeschlagen wurde.

Den betreffenden Bericht können Sie komplett unter dem Link <http://tandis.odihr.pl/hcr2012> finden.

USA hat den Jahresbericht 2013 über die Menschenrechte veröffentlicht

ABTTF-Vorsitzender Halit Habip Oğlu: Der Bericht, welcher die Probleme unserer Minderheit oberflächlich umfasst und diese aus einer einseitigen Sichtweise betrachtet, wiederholt leider nur die offizielle Erklärung der griechischen Regierung in Bezug auf die Thematik unserer Minderheit

Das Außenministerium der Vereinigten Staaten hat den Jahresbericht 2013 über die Umsetzung internationaler Menschenrechtsverpflichtungen veröffentlicht. Im Abschnitt dieses Berichtes über Griechenland hat man wegen den West-Thrakien Türken in Griechenland mehrmals auf die Bezeichnung "die muslimische Minderheit in West-Thrakien Griechenlands" verwiesen.

Die türkische Minderheit von West-Thrakien im Bericht

In diesem Bericht, wo die rassistische Gewaltanwendung den Immigranten oder als fremd wahrgenommenen Personen gegenüber als wichtigstes Problem der Menschenrechte in diesem Land dargestellt wird, nehmen auch die Diskriminierung und soziale Ausklammerung der Minderheit, die als "muslimische Minderheit in West-Thrakien" bezeichnet wird, unter den anderen Problemen der Menschenrechte offiziell ihren Platz ein.

In diesem Bericht wird auch die Praktizierung des Scharia-Rechts in West-Thrakien kritisiert. Im Abschnitt dieses Griechenland-Berichts über Justizverfahren erwähnt man, dass die "muslimische Minderheit in Thrakien" nach Ansicht der griechischen



Regierung die Gesetze der Scharia im Familien- und Zivilrechtsbereich anerkennen würde und die muslimischen Ehepaare, die vor den staatlich ernannten Muftis verheiratet wurden, den Scharia-Bestimmungen unterworfen seien. In der Spalte des Berichtes über Diskriminierung heißt es, dass der unabhängige Minderheiten-Experte der Vereinten Nationen eine Erklärung abgegeben haben sollte, in der seiner Ansicht nach die Frauen laut dem Schariagesetz den Männern gegenüber im Hintergrund bleiben und bei manchen innerhalb des Scharia-Rechts zu betrachtenden Angelegenheiten gewissen Bestimmungen unterliegen sollen, die sich mit der Verfassung und den internationalen Standarts nicht vereinbaren lassen. Des weiteren berichtet man noch darin, dass der internationale Menschenrechtsrat empfohlen hätte, die Befugnisse der (staatlich ernannten) Muftis nur auf religiöser Ebene einzuschränken.

Die Regierung in Griechenland anerkennt offiziell nur die "muslimische Minderheit in Thrakien"

In diesem Bericht wird mitgeteilt, dass

manche Bürger, die sich als Türke, Pomaken, Walachen, Romas, Arwaniten und Mazedonisch bezeichnen wollen, offiziell beansprucht hätten, "die Anerkennung der Sprachminderheit" oder nur Minderheit anerkannt zu werden. Laut diesem Bericht soll die Regierung nur die sog. 120.000 "muslimische Minderheit", die aus Türken, Pomaken und Romas besteht, nach dem Friedensvertrag von Lausanne von 1923 offiziell anerkannt haben.

Die Vereine mit der Bezeichnung "türkisch" werden nicht anerkannt

Dem entgegen wird in diesem Bericht mitgeteilt, dass jedes Individuum, das sich als Mitglied einer bestimmten Minderheit bekennt, zum Ausdruck gebracht hätte, Schwierigkeiten zur Erklärung ihrer freien Identität und zur Fortsetzung ihrer Kultur zu haben, auch wenn die Regierung jedem einzelnen Bürger das Recht zum Bekenntnis irgend einer Identität einräumt. Weiterhin wird dort vermerkt, dass die Anwendung der Bezeichnung "türkisch" bei den Vereinsnamen verboten sei und die Beantragung zur offiziellen Anerkennung dieser Vereine

Abgelehnt worden wäre, auch wenn sich viele Personen darunter offiziell als Türke bezeichnen dürfen. Als Schlusspunkt dieses Berichts wird mitgeteilt, dass der Oberste Gerichtshof der griechischen Regierung die in Anspruchnahme zur Anerkennung der Türkischen Union in Xanthi im Jahre 2012 abgelehnt habe, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte dies bereits in 2008 für Recht erkannt hatte.

Halit Habip Oğlu: Im vorjährigen Bericht hat man die Anzahl der Minderheit als 150.000 angegeben, was im Bericht dieses Jahres jedoch auf 120.000 reduziert wurde.

Vorsitzender der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF), Halit Habip Oğlu, hat in diesem Zusammenhang folgendes mitgeteilt: Der Menschenrechtsbericht der Vereinigten Staaten über Griechenland besagt nur die Wiederholung der offiziellen Erklärung der griechischen Regierung über die türkische Minderheit. In diesem Bericht werden die Gesamtprobleme der türkischen Minderheit von West-Thrakien mit einer Ausnahme der Vereinsgründung total außer Acht gelassen. Obwohl die Anzahl der sog. "muslimischen Minderheit in West-Thrakien" im Bericht des Vorjahres als 150.000 angegeben worden war, reduzierte man dies im diesjährigen Bericht nach Angabe der griechischen Regierung auf 120.000. Gegen die geführten Besprechungen mit den Einrichtungen sowie Personen als Vertreter der West-

Thrakien Türken und trotz der eingereichten Parallelberichte seitens der ABTTF und Vertretungen sonstiger Minderheiten erstellten die Vereinigten Staaten die Probleme der West-Thrakien Türken in ihrem Bericht sehr oberflächlich und mit einer einseitigen Perspektive. Wie es auch in den vergangenen Jahren der Fall war, werden wir als ABTTF auch in diesem Jahr einen Parallel-Bericht erfassen, in dem wir die Gegenansicht der Minderheit der West-Thrakien Türken in Bezug auf die darin erwähnten Themen darstellen.

Sie können über den Menschenrechtsbericht der Vereinigten Staaten über Griechenland durch folgende Link-Anschrift verfügen: <http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrightsreport/index.htm#wrapper>

FUEV hat an den UN-Menschenrechtsrat eine schriftliche Erklärung über die Probleme der türkischen Minderheit West-Thrakiens eingereicht



Als Zivilgesellschaftsorganisation mit dem konsultativen Status bei den Vereinten Nationen (UN) hat die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) zum ersten Mal an den UN-Menschenrechtsrat eine schriftliche Erklärung eingereicht. In dieser erstmaligen schriftlichen Erklärung hat FUEV die Hauptprobleme der türkischen Minderheit West-Thrakiens in Griechenlands an die griechische Regierung weitergeleitet, um die Weltöffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, und damit die griechische Regierung aufgefordert, die Verpflichtungen des Lausanner Friedensvertrages oder die der seitens der griechischen Regierung anerkannten Menschenrechtsverträge zu erfüllen. Zur Lösung der Probleme der türkischen Minderheit hat FUEV die griechische

Regierung gleichzeitig gefordert, während ihrer EU-Präsidentschaft einen Mechanismus zum offiziellen Dialog mit den Vertretern der Minderheit herzustellen, und bei den Themen, die die Minderheit direkt angehen, die Minderheit mit in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

FUEV, die West-Thrakien in den Jahren 2012 und 2013 drei Mal besucht hat, hat auf die Probleme der türkischen Minderheit West-Thrakiens hingewiesen.

In dieser schriftlichen Erklärung hat FUEV die Erkenntnisse und Informationen, die er durch die Gespräche mit den Vertretern der türkischen Minderheit, den Zivilgesellschaftsorganisationen sowie religiösen Führern während der in den Jahren 2012 und 2013 stattgefundenen drei Aufklärungsbesuchen ermittelt hatte, zum Ausdruck gebracht und die Hauptprobleme der türkischen Minderheit West-Thrakiens über das Bekenntnis eigener Identität, die Freiheit der Vereinsgründung, sowie über Bildung und Religion aufgelistet. FUEV hat besonders die Probleme im Bildungs- und Religionsbereich, und zwar in Bezug auf die zweisprachigen Kindergärten für die

Minderheiten und auf die Ernennung der Muftis sowie das "240 Imam-Gesetz" unterstrichen. FUEV hat von der griechischen Regierung verlangt, die ja gegenwärtig die fünfte EU-Präsidentschaft innehat, die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen sowie die Rahmenbedingungen zum Schutz nationaler Minderheiten zu ratifizieren.

FUEN hat insbesondere betont, dass der Personenschutz für Mitglieder der Minderheiten laut dem Lissabonner Vertrag und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union ein Bestandteil der EU-Bestimmungen und der EU-Politik anzusehen sei, und die griechische Regierung als fünfte Präsidentschaft aufgefordert, die Europäische Charta der Regional oder Minderheitensprachen sowie die Rahmenbedingungen zum Schutz nationaler Minderheiten zu genehmigen.

Über den Gesamthalt der seitens der FUEN an die Vereinten Nationen vorgelegten schriftlichen Erklärung können Sie über die Link-Anschrift <http://daccessods.un.org/TMP/5363816.61891937.html> verfügen.

Der Bericht über die Lage der Grundrechte in der EU 2012 wurde im EU-Parlament verabschiedet

Das EU-Parlament hat am 27. Februar 2014 den Bericht zu der Lage der Grundrechte in der EU 2012 verabschiedet. Dieser Bericht, welcher durch den Abgeordneten aus dem Ausschuss des EU-Parlaments für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) Louis Michel ausgearbeitet wurde, wurde im Anschluss an die Änderungsvorschläge in der Plenarsitzung des EU-Parlaments in Straßburg unter Abstimmung verabschiedet.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) ließ während der Sitzung des LIBE-Ausschusses über den erwähnten Bericht, welcher durch Louis Michel, den Abgeordneten des EU-Parlaments, ausgearbeitet wurde, durch Vermittlung von Abgeordneten, mit denen sich die ABTTF zu kommunizieren pflegt, manche Empfehlungen zum Schutz der Rechte der Minderheiten unter den Kapiteln wie Gleichheit, Solidarität, Unionsbürgerschaft sowie Gerechtigkeit vorschlagen. Ein Teil der Vorschläge der ABTTF wurden durch diese Abgeordnete, dem Ausschuss als Änderungsvorschläge eingereicht, und anschließend seitens der Abgeordneten, die gleichzeitig die Mitglieder des erwähnten Ausschusses sind, genehmigt wurden.

Die nationalen Minderheiten werden in ihrem eigenen Land als Bürger zweiter Klasse behandelt

Inhaltlich gesehen wird in diesem Bericht, in dem die Anzahl der sowohl traditionellen ethnischen als auch sprachlichen Minderheiten 10% der Gesamtbevölkerung im Bereich der EU angegeben wird, wird darauf hingewiesen, dass sowohl die



nationalen und ethnischen, als auch religiösen und sprachlichen Minderheiten im Bereich der G e r e c h t i g k e i t , Gesundheitsversorgung, sozialen Dienstleistungen, der Bildung und Kultur gewissen Schwierigkeiten ausgesetzt seien. Weiterhin wird berichtet, dass diese Minderheiten in ihrem eigenen Land seitens der nationalen Behörden als Bürger zweiter Klasse behandelt würden. Man unterstrich besonders, dass diese Minderheiten im Vergleich zu den Gruppen anderweitiger Minderheiten unterschiedliche Bedürfnisse haben und die EU diese Bedürfnisse noch angemessener Weise vor Auge behalten solle.

EU-Kommission soll für im Bereich des Schutzes der Minderheiten gemeinsame und minimale Standards entwickeln.

In diesem Bericht wird betont mitgeteilt, dass es für die traditionellen Minderheiten eine einzige Lösung nicht möglich wäre und dafür manche gemeinsame und minimale Lösungen für die staatlichen Behörden entwickelt werden sollten. Die Mitglieder des EU-Parlaments, welche die EU-Kommission aufgefordert haben, einen politischen Standard zum Schutz der nationalen Minderheiten zu entwickeln, unterstrichen besonders den Bedarf, eines wirksamen umfassenden EU-Schutzsystem, welches einen neuen wirksamen nach dem Muster von EU-Rahmen für nationale Strategie zur Integration der Roma hergestellten Kontrollmechanismus für die traditionellen Minderheiten, regional sprachlichen Gruppen sowie verfassungsmäßigen Regionen mit beinhaltet.

Sie können durch folgende Link-Anschrift über den Beschluss des EU-Parlaments verfügen
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2014-0173&format=XML&language=EN>



Auf der Konferenz über den Friedensvertrag von Lausanne wurde der Vortrag in der türkischen Sprache nicht genehmigt



ABTTF-Vorsitzender Halit Habipoğlu: Zunächst der Vorfall beim Fußballspiel der Bambinis-Mannschaften in Xanthi, danach der Runderlass des staatlichen Krankenhauses in Komotini, dass dort nur griechisch gesprochen werden soll, und nun, dass man auf der Konferenz in Komotini den Vortrag nicht in der türkischen Sprache halten kann. All dies deutet darauf hin, dass die Existenz der türkischen Sprache in West-Thrakien und somit der türkischen Minderheit ignoriert wird.

Während einer Konferenz, welche seitens des Programms zur Bildung muslimischer Kinder (PEN) und der griechischen Stiftung für europäische

und auswärtige Politik (ELIAMEP) zwischen dem 22.-23. November in Komotini über "90 Jahre später nach dem Friedensvertrag von Lausanne: die Bestimmungen in Bezug auf die Minderheiten" zusammen organisiert wurde, hat man eine aufgeheizte Spannung bezüglich des türkischen Vortrags erlebt. Am ersten Tag dieser Konferenz, die im Gebäude des ehemaligen Gouverneursamtes veranstaltet wurde, hat man Herrn Evren Dede, dem Journalist von der Zeitschrift Aydınlıkçı, der an dieser Konferenz als Sprecher teilnahm, nicht gestattet, seinen Vortrag auf türkisch zu halten, obwohl er dies den organisatorischen Zuständigen dieser Konferenz schon vorher mitgeteilt hatte. Als Herr Dede darauf sehr reagierte und den Konferenzsaal verließ, hat man auf seinen eigenen Wunsch die griechische Übersetzung seines türkischen Vortrages über "Wie betrachtet die Minderheit das

islamische Familienrecht" durch den Journalisten Aydın Bostancı den Konferenzteilnehmern vorlesen lassen.

Herr Dede gab in diesem Zusammenhang nur der Zeitschrift Azınlıkça gegenüber eine Erklärung ab und brachte zur Sprache, dass er über den persönlich erlebten Vorfall sehr traurig sei und sich alles andere als deren Wiederholung wünsche. Herr Ayhan Karayusuf, Abgeordneter von Syriza/Rhodop und Herr İlhan Ahmet, ehemaliger Abgeordneter, haben beide jeweils eine schriftliche Erklärung als Reaktion auf diesen Vorfall abgegeben und mitgeteilt, dass sie an dieser Konferenz nicht teilnehmen würden.

Laut der Nachricht der Zeitschrift Azınlık hat man während dieser zweitägigen Konferenz, an der zahlreiche bekannte Akademiker, Juristen, Politiker sowie Journalisten teilgenommen haben, die folgenden Themen wie " Bildung,



Staatliche Schulen und Schulen der Minderheiten, bösartige Anwendungen, positive Diskriminierung den Minderheiten gegenüber und 90 Jahre später nach dem Lausannervertrag und die (West) Thrakien-Türken im Rahmen Europas diskutiert.

Vorsitzender der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) Herr Halit Habipoğlu hat dazu folgende Erklärung gemacht. "Wenn der türkischen Minderheit West-Thrakiens während einer Konferenz, deren Hauptthema der Friedensvertrag von Lausanne darstellt, nicht genehmigt wird, den Vortrag in ihrer Muttersprache, also in türkisch zu halten, bedeutet es gleichzeitig, dass die Existenz der türkischen Sprache in West-Thrakien und damit der türkischen Minderheit ignoriert wird. Zunächst das Verbot der türkischen Sprache während eines Fußballspiels zwischen den Bambinis-Mannschaften in Xanthi, danach der Runderlass des staatlichen Krankenhauses in Komotini, dass man dort nur griechisch sprechen soll, und nun das Verbot über die Vortragshaltung in der türkischen Sprache. All dies, unabhängig davon, ob die Zufälle sind oder nicht, stellen quasi das Beweismittel dar, wie weit die



griechische Regierung und deren Zuständigen von der Herstellung eines Dialogs mit der Minderheit entfernt sind und diese als "Andere" betrachten. An dieser Stelle verurteilen wir mit Nachdruck die Organisatoren dieser Konferenz, die ja das Verbot der Vortragshaltung in der türkischen Sprache beschlossen und damit die eine der grundlegenden Menschenrechte, und zwar Sprach- und

Meinungsfreiheit, verletzt haben und die griechische Regierung, die ihren Anteil zur Verantwortung trug mit Nachdruck. Desweiteren wünschen wir uns sehr, und fordern, dass die Politik und deren Anwendungen, die die Identität der Minderheiten in unserem Land ablehnt, so schnell wie möglich beendet werden."

*Fotos: <http://www.birlikgazetesi.info/>

Man hat durch das staatliche Krankenhaus in Komotini aufgefordert, dass die Ärzte nur griechisch sprechen sollen

Vorsitzender der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) Herr Halit Habipoğlu: Wenn man bedenkt, dass die türkische Sprache in der Region nach griechisch die meistgesprochene Sprache ist, dann wird die Reaktion der türkischen Minderheit in West-Thrakien auf diesen Runderlaß sehr eindeutig.

Mit seinem am 11. November 2013 veröffentlichten Runderlaß forderte das staatliche Krankenhaus in Komotini von seinen dort tätigen Ärzten, bei ihrer Kommunikation mit den Patienten nur die griechische Sprache anzuwenden. Dieser durch das staatliche Krankenhaus in Komotini veröffentlichte Runderlaß, wo neben den griechischen Ärzten noch drei türkische Fachärzte und 13 türkische Assistenzärzte arbeiten, wurde als erster Schritt zur Verhinderung der türkischen Sprache in diesem Krankenhaus interpretiert und damit eine Empörung der Minderheit hervorgerufen.

In einem durch den Direktor des Krankenhauses Herrn Hacinestoras an alle Abteilungen weitergeleiteten Schreiben brachte man zum Ausdruck, dass die Assistenzärzte dort "eine unverständliche Sprache" benutzen würden und alle Ärzte mit ihren Patienten nur griechisch sprechen sollen, mit der Rechtfertigung, da dieser Umstand sonst eine Gefahr im Hinblick auf die Gesundheit der Patienten darstellen könnte. Auf die gestellte Frage während eines Interviews, welches der Direktor des



Krankenhauses Herr Hacinestoras aufgrund der entstandenen Reaktion der Minderheit sowie der dort tätigen türkischen Ärzte auf diesen Runderlaß mit der Zeitung "Gündem" führte, was man mit der in diesem Runderlaß erwähnten "ungeeignete Sprache" gemeint wäre, antwortete er, dass sie damit nicht nur die eine und einzige Sprache, sondern neben türkisch auch die russische Sprache und die mit den Immigrantenzentren geführten Sprachen angesprochen hätten. Er fügte noch hinzu, dass sie mit diesem Runderlaß allgemein gesehen nicht eine bestimmte Sprache verboten hätten. Seiner Meinung nach hätte der Facharzt einen berechtigten Anspruch darauf, den zwischen dem Patient und den Assistenzärzten bereits geschehene Dialog nachvollziehen zu wollen.

Vorsitzender der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) Herr Halit Habipoğlu hat dazu folgendes mitgeteilt: "Wenn man

bedenkt, dass die türkische Sprache neben den in der Region gesprochenen anderweitigen Sprachen die meist gesprochene Sprache ist, dann wird die Reaktion der türkischen Minderheit in West-Thrakien auf diesen Runderlaß sehr eindeutig. Gerade in einem Zeitabschnitt, in dem ein Gesetzesentwurf gegen Rassismus dem griechischen Parlament vorgelegt wurde, betrachte ich die Veröffentlichung eines derartigen Runderlaßes als ziemlich unglücklich. Diese Thematik wird beim morgigen Treffen, welches durch das Europäische Netzwerk gegen Rassismus (ENAR) organisiert und mit der Beteiligung des griechischen Ombudsmannes stattfinden wird, von den Vertretern der politischen Partei für Freundschaft, Gleichheit und Frieden (DEB) zur Sprache gebracht werden".

* Foto:

<http://www.milletgazetesi.gr/view.php?id=2163>

In Komotini sind 2000 Landwirte aus der Minderheit mit dem Slogan "Gib dem Landwirt Geld" auf die Straße gegangen

ABTTF -Vorsitzender Halit Habip Oğlu: "Es reicht jetzt! Wir sind doch griechische Staatsbürger, die Mitglieder der West-Thrakien Türken sind. Wie Kostas oder Maria sind wir Menschen dieses Landes!"

Tausende von Landwirte, die Mitglieder der West-Thrakien Türken sind, haben in Komotini eine Aktion durchgeführt. Am Mittwoch, den 12. Februar 2014 haben sich ca. 2000 Landwirte vor dem Regionalen Generalsekretariat Thrakiens in Ost-Mazedonien versammelt und auf die getroffenen Beschlüsse der Regierung gegen die Landwirte reagiert. Eine Woche zuvor, und zwar am Mittwoch, den 5. Februar 2014 wollten die in Komotini versammelten Landwirte ihre Forderungen Herrn Aris Yannikidis, regionaler Generalsekretär, einreichen. Da er sich an dem Tag nicht in seinem Büro befand, haben die Landwirte den Entschluss gefasst, sich am 12. Februar erneut vor dem Regionalen Generalsekretariat zu versammeln.

Die Landwirte haben die Beschlüsse der Regierung über die Agrarpolitik mit der Erklärung "Wir wollen keine Tabakprodukte zu dem Preis von einem Kilo Spinat herstellen" protestiert

Laut der Nachrichten aus dem Blatt "Rhodopen Wind" haben an dieser Demonstrationsversammlung, die durch die Tabak-Genossenschaft Thrakiens, dem Rhodoper Tierzuchtverein und der Rhodoper Bienen-Genossenschaft organisiert



wurde, mehrere Minderheitenvertreter und Tausende von Landwirte teilgenommen. Vorsitzender der Tabak-Genossenschaft Thrakiens Esat Hüseyin hat seine Forderungen wie folgt aufgezählt: keine Einschränkungen und Abzüge bei den Tabakprämien innerhalb der gemeinsamen Agrarpolitik Europas, das Ende der Ermittlungen und Vollstreckungen aufgrund der Agrarschulden, keine Beschlagnahme der Bankkontenführung der Landwirte aufgrund ihrer Schulden, Reduzierung der Inputpreise und des Rentenalters, Verbilligung des Kraftstoffes für die Landwirte, 50% Reduzierung des Landstroms und sonstige Forderungen.

Eine Gruppe von Frauen haben während der Protestdemonstration, die Mitglieder der Minderheit von West-Thrakien Türken sind, ihre Reaktion mit einem treffenden Slogan "Wir möchten keine Tabakprodukte zum Kilopreis wie Spinat verkaufen" gezeigt und dabei den Spinat sowie Tabakwaren, die sie dorthin mitgeführt hatten, durch die Gegend geworfen. Diese Protestbekundung, wobei manche

Sprüche wie "Gib dem Landwirt Geld!", "Es reicht jetzt, wir können es nicht mehr verkraften!" losgeworden sind, ist vor der Pireus Bank friedlich zu Ende gegangen.

Vorsitzender der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) Halit Habip Oğlu hat sich dazu wie folgt geäußert: "Die etappenartige Beendigung der Unterstützungsprämie, die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik für Tabak gewährt wird, trifft am schlimmsten die Landwirte der Minderheit. Zu unserem Bedauern hat unser Land Griechenland leider die notwendigen Schritte nicht rechtzeitig vorgenommen, die es eigentlich tun sollte, und die diesbezügliche Verantwortung nicht erfüllt. Ist es vielleicht nur deshalb so, weil 80% der Tabakhersteller in diesem Land aus Türken besteht? Es reicht jetzt! Wir sind griechische Staatsbürger, die Mitglieder der Minderheit von West-Thrakien Türken sind. Wie Kosta oder Maria sind wir die Menschen dieses Landes".

*Foto: www.burasibatitrakya.com

Die Minderheit von West-Thrakien Türken ist in Griechenland, wo die Leitung der EU-Ratspräsidentschaft derzeit übernommen wurde, in jedem Lebensbereich einer Diskriminierung ausgesetzt!



[ABTTF-Vorsitzender Halit Habip Oğlu: Wir fordern die griechische Regierung auf, die als Land stolz darauf ist, als "Wiege der Demokratie" zu gelten, den Mechanismus eines offiziellen Dialoges auf gegenseitiger Basis von Verständnis und Toleranz aufzubauen, damit sie an die Probleme unserer Minderheit aufrichtig herangehen kann](#)

Ab dem 01.01.2014 hat Griechenland begonnen, die EU-Ratspräsidentschaft offiziell durchzuführen. Die Zielsetzung der Prioritäten der griechischen Regierung, die in der ersten Jahreshälfte 2014 die Ratspräsidentschaft der EU in die Wege leiten wird, werden möglicherweise folgendes sein: Wachstum fördern, neue Arbeitsplätze schaffen, Integration in die EU und

Währungszone vom Euro, Regelung der Einwanderungspolitik, die Sicherung der europäischen Grenzen und der Freizügigkeit sowie eine ausführliche Seepolitik. Während der Zeitperiode der EU-Ratspräsidentschaft der griechischen Regierung, die sie seit dem 1. Januar dieses Jahres zum fünften Mal innehaben wird, werden die Wahlen des EU-Parlaments stattfinden.

Im Laufe der Leitung der EU-Ratspräsidentschaft durch Griechenland wird die türkische Minderheit von West-Thrakien, deren Rechte und Status durch den Friedensvertrag von Luzern 1923 festgelegt wurden, dort in jedem Lebensbereich einer Diskriminierung ausgesetzt. Vor allem bezeichnet Griechenland die dortige türkische Minderheit nicht als "türkische" sondern "als islamische Minderheit in Thrakien". Die Vereine der türkischen Minderheit

in West-Thrakien, deren Recht auf eigene Bezeichnung aus der Hand genommen wurde, werden geschlossen, oder deren erneute Gründung nicht stattgegeben, wenn ihre Vereinsbezeichnung den Begriff "Türkisch" beinhaltet. Auf den Antrag des türkischen Vereins in Xanthi, des türkischen Minderheiten-Jugendvereins in Maritza und des Frauenkulturvereins in Provinz Rhodope an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte hat das genannte Gericht entschieden, dass Griechenland im Jahre 2008 die Freiheit der Vereinsgründung verletzte. Obwohl inzwischen ca. 6 Jahre vergangen sind, setzt die Regierung Griechenlands die Beschlüsse von EGMR immer noch nicht um.

Gemäß dem alten Paragraph 19. des Einbürgerungsgesetzes Griechenlands sind ca. 60.000 West-Thrakien Türken, "stammend nicht ethnischer

griechischer Herkunft" zwischen den Jahren 1955-1998 aus der griechischen Staatsbürgerschaft zwangsausgebürgert worden, mit der Rechtfertigung, das Land unter mangelnder Absicht zur Wiederkehr verlassen zu haben. Heutzutage befinden sich in Griechenland Tausende von West-Thrakien-Türken, die in Griechenland den heimatlosen Status besitzen oder sich woanders im Ausland aufhalten, dessen Staatsangehörigkeit sie nach ihrer Entlassung aus der griechischen Staatsbürgerschaft erworben haben. Die griechische Regierung gibt den West-Thrakien-Türken ihre Staatsbürgerschaft nicht wieder zurück, die durch ein ungerechtes Verfahren und willkürliche Handlung aus der griechischen Staatsbürgerschaft entlassen worden sind.

Die Autonomie von West-Thrakien-Türken, die laut dem Luzerner Friedensvertrag eine autonome Struktur im Bildungs- und Religionsbereich hat, wurde im Laufe der Jahre durch verschiedene Praktiken vernichtet. Im Bildungsbereich wurde das Schulsystem der Minderheiten aufgrund struktureller Probleme heute zu einem Minderheitenbildungssystem umgewandelt, was qualitativ gesehen einem niedrigen Niveau entspricht. Eines der wichtigen Probleme im Bildungsbereich stellt heute das Kindergartenproblem der Minderheiten dar. Nachdem der Kindergartenbesuch in Griechenland für alle Kinder zur Pflicht geworden ist, wurden die Minderheitenkinder, die innerhalb des bestehenden Schulsystems keinen eigenen Kindergarten gefunden haben, gezwungen, die staatlichen und griechischsprachigen Kindergärten zu besuchen. Dagegen wird der Antrag der türkischen Minderheit in West-Thrakien zur Eröffnung zweisprachiger Kindergärten für Minderheiten durch die Behörden Griechenlands außer Acht gelassen.

Die griechische Regierung, die der



türkischen Minderheit in West-Thrakien nicht das Recht einräumt, ihre religiösen Führer und Muftis zu wählen und die Muftis durch staatliche Hand selbst beruft, geschweige denn die durch die türkische Minderheit gewählten Muftis anzuerkennen, bereitet sich nun vor, anhand eines neuen Gesetzes 240 Geistliche als Koranlehrer in den Moscheen und staatlichen Schulen in West-Thrakien einzusetzen, obwohl das "Mufti-Problem" währenddessen auf seine Lösung wartet. Nun hat man beschlossen, dieses Gesetz, welches ohne Befragung der Meinung und Reaktion der türkischen Minderheit in West-Thrakien vorbereitet und angenommen wurde, in erster Linie in den staatlichen Schulen umzusetzen. Jedoch wurde die Minderheit, die über die weiteren Schritte keine Ahnung hat, ständig außerhalb aller entscheidenden Mechanismen gelassen.

Vorsitzender der Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa (ABTTF) Halit Habip Oğlu hat diesbezüglich folgendes gesagt: "In unserem Staat Griechenland, wo die Leitung der EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2014 übernommen wird, wird die türkische Minderheit der West-Thrakien-Türken sehr vielen Problemen, die in mehreren Bereichen auf ihre baldige Lösung warten, ausgesetzt. Alle Bemühungen unserer Minderheit, welche in jedem Lebensbereich den diskriminierenden Praktiken ausgesetzt

wird, in Bezug auf die Lösung dieser Probleme bleiben leider ergebnislos auf der Strecke, weil unser Staat seine Handlung ohne jegliche Aufrichtigkeit darstellt und die Sorgen und Probleme unserer Minderheit missachtet. Als die türkische Minderheit der West-Thrakien-Türken, deren Rechte und Freiheiten durch die internationalen Verträge unter Sicherheit gestellt worden sind, fordern wir die griechische Regierung, die nun zum fünften Mal die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen und während dieser Periode die kritischen Wahlen des EU-Parlaments erleben wird, hiermit auf, unsere o. g. Rechte und Freiheiten zurückzugeben und die kollektiven Rechte der in diesem Land gemäß den internationalen Normen und Werten lebenden türkischen Minderheit in West-Thrakien unter Sicherheit zu stellen. Man kann nicht ohne weiteres hinnehmen, dass ein Land, das die Leitung der EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat, innerhalb seines Souveränitätsgebietes eine Politik gegen die Normen und Werte der EU durchzieht. Wir fordern die griechische Regierung als ein Land, das stolz darauf ist, "die Wiege der Demokratie" zu sein, hiermit auf, den Mechanismus eines offiziellen Dialoges auf gegenseitiger Basis für Verständnis und Toleranz aufzubauen und an die Probleme unserer Minderheit aufrichtig heranzugehen. Dies wäre das Richtige, was man eigentlich von einem Mitgliedsstaat der EU erwarten sollte".



Trotz aller Reaktionen der Minderheit haben 23 sog. "ernannte Religionslehrer" ihren Dienst in den staatlichen Schulen begonnen!

ABTTF-Vorsitzender Halit Habip Oğlu: Es ist eindeutig zu sehen, dass die Politik mit der Einstellung "Trotz der Minderheit für die Minderheit" keine Vorteile mit sich bringt



Das Gesetz mit der Nummer 4115 von 2013, welches den Einsatz von Religionslehrer in den Moscheen und staatlichen Schulen unter der Aufsicht von ernannten Muftis vorsieht, wird nun offiziell praktiziert. Die sog. "ernannten Religionslehrer", deren Einsatz in der ersten Etappe nur in den staatlichen Schulen der Sekundärstufe beschlossen wurde, haben ihre Arbeit ab dem 10. Januar 2014 aufgenommen.

bestanden mündlichen Prüfung durch das regionale Schulamt in Ost Makedonien-Thrakien wurde der Einsatz dieser 63 Geistlichen als vertraglicher Angestellter in den staatlichen Schulen vorgesehen und beschlossen, ein betreffendes Bildungsprogramm für diese 63 Geistliche zu erstellen.

Im Anschluss an die Bemühungen des Ministeriums für Bildung, Leben langes Lernen und Religion sind mit diesem Gesetz, welches trotz der Reaktion der türkischen Minderheit durch das Parlament durchgesetzt und anschließend umgesetzt wurde, in West-Thrakien 63 Geistliche nur für den Einsatz in den staatlichen Schulen gewählt. Nach Durchführung einer

Den Nachrichten der Tageszeitung zufolge haben die ersten Ernennungen am 9. Januar 2014 stattgefunden und die erste 23-köpfige Gruppe der ernannten Religionslehrer (ierodidaskalos) hat ihren Dienst in den staatlichen Mittelschulen und Gymnasien begonnen. Dementsprechend sind in Komotini 9, in Xanthi wiederum 9 und in Maritza 5 sog. "ernannte Religionslehrer" ihren Dienst am 10. Januar 2014 angetreten. Laut den Nachrichten in den Medienorganen sollen 22 dieser ernannten 23 Personen die Private

Pädagogische Privat-Akademie in Thessaloniki (SOPA) und der Letzte den Fachbereich Theologie studiert haben.

Vorsitzender der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) Halit Habip Oğlu hat dazu folgende Erklärung abgegeben: "Das 240 Imam-Gesetz, welches trotz der heftigen Reaktion der türkischen Minderheit in West-Thrakien in Kraft trat, wird nun in den staatlichen Schulen in West-Thrakien offiziell praktiziert. Die griechische Regierung, die die türkische Minderheit niemals in die entscheidenden Mechanismen mit einbezieht, auch wenn die Belange sie direkt angehen, und ihre in den Ratsversammlungen der Minderheiten zur Sprache gebrachten Reaktionen außer Acht lässt, hat dieses Gesetz in die Praxis umgesetzt, und zwar mit der Behauptung, dass es zu Gunsten der Minderheit gewesen wäre. Es ist sehr eindeutig zu sehen, dass die Politik mit der Einstellung "Trotz der Minderheit für die Minderheit" keine Vorteile mit sich bringt. Diese Haltung und Politik hat den Glauben und das Vertrauen unserer Minderheit den staatlichen Behörden gegenüber tiefst verletzt".

ABTTF-Newsletter

ABTTF - NEWSLETTER

Für Abonnement
und weitere Informationen
wenden Sie sich an unsere Internetseite
www.abtff.org

oder an die Telefonnummer
0049 2302 91 32 91

ABTTF

Avrupa Batı Trakya Türk Federasyonu

Federation of Western Thrace Turks in Europe
Föderation der West-Thrakien Türken in Europa
Ευρωπαϊκή Ομοσπονδία Τούρκων Δυτικής Θράκης
Federation des Turcs de Thrace Occidentale en Europe

ABTTF Head Office

Wernerstr. 2, D-8454 Witten Germany
Tel.: +49 (0) 2302 91 32 91 - Fax: +49 (0) 2302 91 32 93

ABTTF Brussels Office

Square de Meeûs 38/40 B-1000 Brussels Belgium
Tel.: +32 (0) 2 401 61 98 - Fax: +32 (0) 2 401 68 68

Redaktionsleiter: K. Engin Soyylmaz Editor: Mustafa Veli